



verfügen, die für das Land notwendigen Special-Geetze machen und überhaupt mit jenen Attributen der Souveränität ausgestattet und jenen Prärogativen und jener Unverletzlichkeit versehen sein, welche Mitgliedern parlamentarischer Versammlungen gebührt. Ein vorgelesen im Journal Officiel publiciertes Decret des Präsidenten der Republik annullirt nun diesen Wunsch des Generalrathes von Constantine, obwohl derselbe dem Wunsch als solchen in einer am 23. Dezember stattgehabten Sitzung selbst zurückgegeben und als eine aus der persönlichen Initiative der Mitglieder hervorgegangene Petition erklärt hatte.

### Nach dem ungarischen Reichstage.

Pest, 18. Januar. Präsident Somfisch eröffnet die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr.  
Auf den Ministerpräsidenten: Könyv, Pauler, Tisza, Sily, Bittó, Kiskapoly.

Das Protokoll der jüngsten Sitzung wird aufgeführt.  
Der Abgeordnete Alexander Parszics überreicht ein Gesuch von Stadt und Bezirk Buda bei der Fortsetzung der dortigen Bevölkerung von der Wehrpflicht. Wird der Petitionskommission zugewiesen.

Karl W. Szathmari interpellirt den Ministerpräsidenten, ob er die Absicht habe, das sogenannte „Képviselő“, einen Theil des Somogyer Komitats, der nur zum Zweck der Grenzschutz bei der Bildung der Militärgrenze von Ungarn abgelöst wurde, nun, da die Militärgrenze wieder in die Zivilverwaltung übergeht, in das Mutterkomitat wieder einzuführen, umwieweit, als auch König Ferdinand in einer k. Resolution vom Jahre 1835 ausdrücklich anerkannt hat, daß das Képviselő zum Somogyer Komitat gehört und nach Auflösung der Militärgrenze bestimmt zu Ungarn zurückzuführen soll.

Ministerpräsident Graf Melchior Könyv dankt dem Interpellanten dafür, daß er ihn auf den Gegenstand aufmerksam gemacht. Anlässlich der Provinzialverwaltung der Grenze wird sich Redner über diesen Gegenstand die nöthigen Daten authentisch beschaffen und bei der Grenzgebung zwischen Ungarn und Kroatien sie zur Ausstrahlung bringen lassen.

Karl Szathmari ist von der Antwort befriedigt, die auch vom Hause zur Kenntnis genommen wird.

Spektor Mikletich bringt folgenden Beschlusssatz ein: In Anbetracht, daß heute einer der größten Feiertage der griechischen Kirche ist und das Haus dennoch Sitzungen hält, wolle das Haus mit Rücksicht auf die Gleichberechtigung der Konfessionen und im Interesse der Zeit und Gelernterung beschließen, künftig nur den Sonntag als einen solchen Feiertag zu betrachten, an welchem es keine Sitzung hält. (Beifall von der Linken.) Der Antrag wird in Druck gelegt und vertheilt.

Referent Koloman Söll erörtert den Bericht des Finanzausschusses über mehrere demselben zugewiesene Beschlusssätze, die mit dem Budget des Kalkül- und Unterrichtsministeriums in Verbindung stehen. Der Bericht wird in Druck gelegt und auf die Tagesordnung gesetzt.

Das Haus geht zur Tagesordnung über, auf welcher als erster Gegenstand das Budget des Hauses für den Monat Jänner steht. Das Budget wird mit 82,051 fl. ohne Bemerkung votirt.

Johann Várady nimmt zu persönlicher Bemerkung das Wort. Bobory hat gestern gegen die Honorarinstitution spöttische Ausdrücke angewendet, und da er nicht geneigt ist, solchen Spott ruhig hinzunehmen, so fordert er Bobory auf, seine verletzenden Worte zurückzunehmen.

Karl Bobory erklärt, er habe nicht die Absicht gehabt, die Institution oder gar Personen zu beleidigen. Der Name „Honorar“ ist auch ihm heilig, allein er muß bei seiner gestrigen Behauptung bleiben, daß die Honorarinstitution in ihrer heutigen Einrichtung nicht das ist, was sie nach dem Gesetze sein soll. (Beifall von der Linken.)

Folgt der zweite Gegenstand der Tagesordnung, die Verhandlung über das Budget des Landesvertheidigungsministeriums.

Die Generaldebatte wurde geschlossen und nur der Minister und die Antragsteller haben noch das Wort.

Ministerpräsident Graf Melchior Könyv: Anlässlich der Generaldebatte über dies Budget wurden seitens der Opposition zwei Beschlusssätze eingebracht. Bevor ich meine, aus individueller Ansicht stehenden Bemerkungen über dieselben mache, halte ich es vor Allem für meine Pflicht, mit einigen Worten die gestern von einem Mitgliede der Opposition gegen diese Seite des Hauses angeführte Anklage zu berühren, wonach von dieser Seite nur Wenige an der Ventilierung dieser wichtigen Frage sich betheiligten. Auf diese Anklage hat mein geheimer Freund Nor Neményi geantwortet, indem er zugleich bemerkte, daß, nachdem von unserer Partei so Wenige an dieser Debatte theilnahmen die Verhandlung über diesen Gegenstand zu einem staatsrechtlichen Monolog geworden sei. Auch ich will die Ursache angeben, aus welcher sich die Rechte diesmal der Theilnahme an dieser Debatte enthielt, an der Debatte über eine Frage, die in diesem Hause schon so oft und wie unsere Partei glaubt, mit glänzendem Erfolge behandelt wurde.

Dieses Motiv wird auch zugleich erklären, daß ich nicht im Laufe der Debatte meine Bemerkungen ausdrückte, sondern dies erst jetzt nach

„Klingen immer noch die Lieder  
Der bekannten Baubeamten.  
Diese zu verstehen gibt es  
Auf dem ganzen Erdennorden,  
Wohl nur eine heilige Stätte:  
„Heidelberg, die alte Hochschule!“  
Allo klagte, wie im Traume,  
Jener Wand'rer an dem Wafer,  
Trüde tiefer in die Stirne  
Seinen Hut dann und sichtlich leise  
In die nahegelegne Schenke,  
Um den Kopfschmerz zu verschuchen,  
Der wahrhaftig von dem Quantum  
Des genossenen Weines herrührt,  
Den er an dem letzten Abend  
Aus verstorben Glaschen trank.

### Notizen.

An der Pesther Universität ist kürzlich ein großer Skandal vorgekommen. Die niederen Elemente der einjährigen Schüler an der medizinischen Fakultät hatten den etwas geldgierigen Professor Dr. Kerschel gereizt, so daß der Herr Professor sich vergaß seinen Schülern etwas unanständigen Schimpfworte an den Kopf zu werfen, worauf die einjährigen Schüler in den Professor herein eintraten, daß er zum Fenster hinausspringen mußte, um nicht niedergeschlagen zu werden. Der Universitätsrat hat eine Untersuchung eingeleitet. Eine Deputation der Einjährigen wurde vernommen, welche noch darauf beharrt, daß der Professor Abbitte thun muß. Es werden deshalb keine Vorlesungen gehalten. Thatsache ist es, daß diese Vorgänge auf die Pesther medizinische Fakultät eben kein günstiges Licht werfen und daß jede Familie ihre Söhne, die sich dem Studium der Medizin weihen, wenn nur möglich, selbe der Pesther Universität entziehen und auf eine andere Universität senden.

In Troppau circulirt ein Gerücht, das die ganze Stadt in Aufregung versetzt. Derselben zufolge wäre nämlich in einem nächst Troppau gelegenen Orte ein Scheintodter beerdigt worden. Man erzählt sich, der Todtenträger habe, als er den zur letzten Ruhestätte zu tragenen vollends verschüttet wolle, Silberstücke aus dem Sarge geholt: der Sarg sei ausgegraben worden, und man habe den Todten vertheilt darin liegend gefunden.

Veränderung derselben thue, damit das, was ich sage, die Debatte nicht etwa noch mehr verlängere. Das Motiv ist einfach das, daß wir die bis zum Ablauf unseres Mandats noch zu unserer Verfügung stehende sehr kurze Zeit dazu benutzen wollen, um die nach unserer Ansicht erfolgreichsten Verfügungen, welche wir als Folge unserer bisherigen Thätigkeit aufweisen können, noch durch ein und das andere heilsame Gesetz zu vervollständigen. (Beifall.)

Der Zweck war also der, die Zeit, die uns noch zur Verfügung steht, bis wir vor unsere Wähler treten, um ihnen über unser bisheriges Walten Rechenschaft abzulegen, zweckmäßig zu benutzen. (Beifall von der Rechten.) Dies war die Ursache, weshalb dieser Theil des Hauses nicht wünschte, sich in die wiederholte Debatte einer Frage einzulassen, die in diesem Hause schon so vielmal verhandelt wurde.

Ich finde es natürlich, daß seitens der Opposition die zwei in ihren Anträgen berührten Fragen wieder und wieder aufs Tapet gebracht werden. Hinsichtlich der Pensionirung der Honored, ihrer Witwen und Waisen aus dem Landessteuernfonds hat Gabriel Várady einen Antrag eingebracht. So ersichtlich, so oft schon wurde diese Angelegenheit im Hause verhandelt, daß ich nicht die Absicht haben kann, über dieselbe in längerer und ausführlicher Rede mich zu verbreiten. Ich bemerke kurz nur so viel, daß in dieser wie in so vielen anderen Fragen zwei verschiedene Wege vor uns standen, der eine war der, welchen diese Partei befolgt hat und wonach sie auch bei der Lösung dieser Frage das Princip der gegenseitigen Verschöpfung und des Friedens als ihre Aufgabe bezeichnet hat, welches Princip in dieser Frage Ihre Majestät als Beispiel und vorgezeichnet haben und welches wir auch befolgt haben, als wir einzeln uns an der Befriedigung des hier in Rede stehenden Zweckes betheiligten. Und hier will ich hervorheben, daß die von der Regierung zur Unterstützung dieses Zweckes veranhaltete Lotterie mit ihrem Erträgnisse um 250,000 fl. den Fond vermehrt hat, der zur Unterstützung bestimmt ist.

Auf diesem Wege haben wir den Zweck erreicht, den wir uns vorgesetzt haben, insofern zu demselben aus allen Theilen des Reichs ohne Unterschied der Nationalität Beiträge geleistet wurden. Wenn wir jedoch entgegengelegenen Weg eingeschlagen hätten, wenn wir diejenigen, die in Folge der Ereignisse vom Jahre 1848, als die verschiedenen Theile des Landes einander feindlich gegenüberstanden, in Noth gestürzt wurden, aus dem öffentlichen Steuerfond unterstützt hätten, so wäre dies nicht mit der Politik vereinbar gewesen, die wir bis nun befolgt haben. (Lebhafte Beifall von der Rechten.)

Ich übergebe nun zum Antrage, den der g. Herr Abgeordnete der Stadt Debreczin eingebracht hat. Vor allem gesteht ich, daß ich wenige Anträge gehört habe, die sich in so bescheidenem Gewande und in so bescheidener Manier gegeben hätten, wie dieser. Der Herr Abgeordnete sagt, wir mögen diesen Antrag nicht als einen solchen betrachten, der von ihm kommt; es möge in dieser Frage auch kein oppositioneller Antrag angenommen werden, sondern es möge das Haus das aus seiner eigenen Majorität gebildete Ministerium anweisen, das im Antrag Entschlossenheit auszuweisen. Er sagt dieser Antrag sei ein solcher, aus welchem jeder positive Vorschlag mit Rücksicht auf die Majorität des Hauses weggefallen, der deshalb kein oppositioneller mehr sei. Als ich jedoch den Antrag des Herrn Tisza aufmerksam durchlas, fand ich in ihm denselben entscheidenden Standpunkt, dem der g. Herr Abgeordnete nicht bei einem, sondern bei mehreren Gelegenheiten Ausdruck gegeben hat. Der g. Herr Abgeordnete wünscht statt der gemeinsamen und Honorarweise eine genügend zahlreiche Armee, die mit allen Erfordernissen einer solchen gehörig versehen sei, und ausschließlich der Verfügung der ungarischen Gesetzgebung und ungarischer Regierung unterstehe; er wünscht vor Ministerium, daß es Mittel und Wege vorschlage, wie dieses Ziel zu erreichen wäre.

Geheimes Haus! Alles kann man von der Regierung fordern, eines aber ist vor Allem im Auge zu behalten: daß das bestehende Gesetz sowohl die Regierung als auch das Haus und folglich auch die darin stehende Opposition vor Allem bindet. (Lebhafte Beifall.) Die Bestimmung der Mittel und Wege, wie das von Herrn Abgeordneten bezeugte Ziel erreicht werden kann, ist sehr leicht. Es ist dazu unbedingt nöthig, daß vor Allem jene Gesetze modifizirt werden, welche unsere Vorfahren im Jahre 1723 erlassen haben (nämlich die Gesetze I, II, III, 1723), und durch welche aus Rücksicht auf die Sicherheit des Landes ein Verband mit dem regierenden Hause und den übrigen Ländern desselben geschlossen wurde; ferner müssen geändert werden: der Gesetzeartikel 12: 1867, dessen §. 9 bestimmt ausdrückt, daß die mit gemeinsamer Kraft ausübende Vertheidigung und Erhaltung der gemeinsamen Sicherheit mit gemeinsamer Kraft eine solche gemeinsame und wechselseitige Verpflichtung ist, welche direkt aus der pragmatischen Sanction fließt, und dessen §§ 12 und 13 klar und deutlich über die gemeinsame Vertheidigungspflicht verfügen; ferner jene Gesetze vom Jahre 1868, welche die Wehrkraft und Landwehr umschreiben.

So lange als diese Gesetze bestehen, sind sie für das ganze Land streng bindend. Der ehrenwerthe Herr Abgeordnete wünscht eine solche Wehrkraft errichtet zu sehen, welche in materieller Beziehung mit keiner Ueberbürdung verbunden sei. Diese Wehrkraft, soll entsprechend zahlreich und ganz dem Lande gehörig sein. Bei der Erfüllung dieses Wunsches ist jeder Umstand genau zu erwägen. Der Herr Abgeordnete sagt: „entsprechend zahlreich und dem Lande gehörig“. Ich glaube daß in Betreff der Vertheidigung vor Allem die Verhältnisse in Betracht zu ziehen sind, unter welchen wir leben; in erster Linie müssen wir berücksichtigen, über welche Wehrkraft das Land verfügt und über welche Wehrkraft jene Nachbarn verfügen, mit denen sich vielleicht einmal betreffs der einen oder anderen Frage eine Differenz ergeben kann. Die geographische Lage und Bevölkerungsverhältnisse unseres Landes sind derart, daß unsere Vorfahren es für nöthig fanden, im Interesse unserer Sicherheit im Jahre 1723 die bisher bezüglichen Gesetze zu schaffen und wir haben die Gesetze über die Wehrkraft im Jahre 1868 gegeben.

Auf Grundlage dieser Gesetze wurde die Vertheidigung geordnet und unsere Wehrkraft ist im Augenblicke so achtunggebietend (tekintélyes) daß sie vollständig im Stande ist, unter allen Umständen die Sicherheit der Monarchie und folglich auch unsere eigene Sicherheit zu vertheidigen. Der Herr Abgeordnete hat auch einer entsprechenden Zahl erwähnt. Nehmen wir als Beispiel in dieser Beziehung den Status des ehemaligen Norddeutschen Bundes, der in Friedenszeit eine Armee von 300,000 Mann unterhielt, welche nach dem letzten Budget 67 Millionen Tyaler kostete, was ungefähr 130 Millionen Gulden ausmacht.

Wenn wir dem gegenüber die Kosten betrachten, welche wir auf die gemeinsame und Honorarweise verwenden und welche 30 Millionen ausmachen; so wird uns klar, daß eine entsprechend zahlreiche, gehörig ausgerüstete, dem Lande gehörige Armee in der achtunggebietenden Verfassung, wie wir sie jetzt besitzen, mit den gegenwärtig auf sie verwendeten materiellen Opfern nicht zu erreichen ist.

Der Antrag wünscht vom Ministerium, es möge einen Vorschlag machen, wie eine bloß der Verfügung der ungarischen Gesetzgebung und Regierung unterstehende Armee zu bilden ist. In Sinne unserer Gesetze und dem monarchischen Prinzip gemäß sind die Aufgaben vorgezeichnet, welche der Legislative obliegen.

Die Legislative bestimmt die Form der Wehrkraft, sie stellt jährlich die Zahl der Rekruten fest und votirt die Kosten; nach dem § 11 des Ges. Art. XII: 1867 gebührt die Leitung und Führung zu den Rekruten des Monarchen. So war dies auch bisher nach dem Zeugnis unserer Geschichte, so ist es nach unseren Gesetzen. (Beifall von der Rechten.) Das Ministerium kann es also mit seinen Grundrissen nicht vereinbar halten, einen Vorschlag in Betreff eines solchen Gesetzes zu machen, das ausschließlich

der Verfügung der ungarischen Legislative und Regierung unterstehe würde. (Beifall von der Rechten.)

Als erste Sache Thatsache: kann ich konstatiren, daß alle Mitglieder des geehrten Hauses — also auch jene, die seitens der Opposition das Wort ergreifen — sich anerkennend über die Honorarweise geäußert haben. Und wirklich: wenn wir die Urtheile der ausgezeichneten Militärautoritäten betrachten, die ihrer Anerkennung für die Resultate der Waisner Geldübungen offen Ausdruck gegeben, so können wir lächeln behaupten, daß mit Rücksicht auf die Populations- und Finanzverhältnisse des Landes und auf die kurze Zeit, die auf die Ausbildung verwendet wurde, der erzielte Erfolg nicht gering ist. Aus dem Budget ist nämlich, daß der gegenwärtige Stand der Honorarweise 150,000 Mann beträgt. In einem Jahre wird sie 170,000 Mann zählen, 1873 aber sich schon auf 200,000 Mann heben; nach 2—3 Jahren schon wird sie den Status erreicht haben, der für sie festgesetzt wurde: nämlich 350,000 Mann und dazu — ich kann dies nicht verschweigen — muß das Land noch bedeutende Opfer bringen. Wollen Sie also die Resultate nicht unterschätzen, welche das Land in dieser Hinsicht schon jetzt erreicht hat.

Der geehrte Herr Abgeordnete sagt in seinen Schlussworten: Wenn sein Antrag, — dessen bei der Ausführung eintretende Konsequenzen ich schon geschildert habe, verworfen würde, so würden Viele im Lande auf die Verarmung kommen, die Majorität wolle das nicht ausführen, was dem Lande noththut.

Ich glaube aber, dem Lande thut vor allem Anderen nicht noth, daß die in den letzten Jahren glücklich gelösten Fragen wieder und wieder erneuert werden. (Lebhafte Beifall von der Rechten.) Dem Lande thut nicht noth, daß die wichtigste und tiefstreichendste Frage, nämlich die Frage der Vertheidigung der Monarchie, neuen Ordnungen und Experimenten in dem Momente ausgeführt werde, da die anderen Nationen rings um unser Vaterland sich zu großen Köpfen vereinigen, da jeder Kampf, der um uns und vielleicht mit unserer Theilnahme entstehen kann, Millionen Krieger auf den Kampfplatz rufen wird. (Lebhafte Beifall rechts.)

Kühn wage ich zu behaupten: unter unseren gegenwärtigen Verhältnissen thut nicht die Wehrkraft noth. (Beifall von der Rechten.) Wohl aber thut dem Lande vor allem die Sicherung des äußeren und inneren Friedens noth. Zur Sicherung des äußeren Friedens aber dienen gerade am allerwenigsten einzelne neue Experimente, die Umföhrung und neue Anordnung des Wehrsystems; dazu dient der Umstand — und wenn wir die günstige Wendung unserer äußeren Politik betrachten, so sehen wir, daß er schon dazu dient hat — daß ein von beiden Theilen der Monarchie gefestigt festgestelltes und von Sr. Majestät sanctionirtes Wehrgesetz eingeführt wurde, demzufolge wir im Stande sind, wenn es nöthig ist, ein wohlgeübtes Heer auf den Kampfplatz zu stellen, welches im Stande ist, den äußeren Frieden zu sichern und dies auch, ich bin davon überzeugt, thun wird. Die Nachstellung unserer Monarchie aber wird durch das Bewußtsein erhöht, daß, wenn die Lage eintreten würde, da man zur Vertheidigung von Thron und Vaterland sich waffen müßte, jetzt 150,000 und später 300,000 Honored die Interessen des Vaterlandes vertheidigen werden. (Beifall von der Rechten.)

Vor Allem aber thut uns noth — wenn wir schon davon sprechen, was uns vor Allem noththut — daß der innere Friede bestehe. Es wäre unschätzenswerth, daß die auf materiellem und geistigem Gebiete begonnene Thätigkeit, das reformirende Streben der Legislative, die Kräftigung des Vaterlandes und seine Blüthe in jeder Hinsicht, unter den möglichst ruhigen Verhältnissen und möglichst einträchtig fortgesetzt werde.

Wenn es etwas gibt, was dem Lande noththut, so ist dies gewiß, daß, nachdem es uns gelungen ist, die schwere staatsrechtliche Frage zu lösen, nachdem wir diebezügliche endlich einmal unsere Verhältnisse gerichtet haben, die immer neue Debatte dieser Frage beiseite gelassen, mir selbst so lange beiseite gelassen werde, als der für die Wehrkraft und die gemeinsamen Rollen festgestellte Zeitraum dauert, und Jeder, der ein Ungar, Jeder, der ein Mann von konstitutionellem Gefühl ist, mit verdoppelter Kraft gleichmäßig befreit sei, die Angelegenheiten des Vaterlandes zu fördern. (Lebhafte Beifall von der Rechten.)

Nachdem ich, wie ich schon zu Anfang meiner Rede gesagt, die kurze Zeit, die diesem Reichstage noch zur Verfügung steht, für eine sehr theure halte und sie nicht zu verschwenden wünsche, und nachdem ich glaube, daß diese ganze Debatte, welche gegenwärtig im Zuge ist, bloß als ein Echo der älteren Debatten über den gleichen Gegenstand betrachtet werden kann, das uns schwächer wird, je mehr es sich wiederholt, so bitte ich das geehrte Haus, die Debatte dieser Fragen zu unterbrechen und in die Special-Debatte einzutreten. (Lebhafte, anhaltender Beifall von der Rechten.) (Schluß folgt.)

### Juland.

Mediasch, 20. Januar. Die „Gemeinnützige Zeitung“ brachte in Nr. 9 I. J. in einem Correspondenzartikel aus Mediasch eine Nachricht, deren wesentlicher Inhalt in folgendem Satze liegt: „Dem Vernehmen nach sollen einige hiesige Elementarlehrer sich um Anstellungsmöglichkeiten bei dem hiesigen Gerichtshofe und einige Gymnasiallehrer um Durnirnstellen bei demselben beworben haben“ u. s. w.

Der die hiesigen Verhältnisse näher kennt, wird jene Nachricht mitbedeutend sehr stark angezweifeln, Fernerzuehende könnte sie doch vielleicht irreführen. Damit es nicht geschehe, sei denn hiemit den Lesern der „Gemeinnützigen“ versichert, daß nicht „dem Vernehmen nach“, sondern zufolge genauer, spezieller Erkundigung weder ein hiesiger Elementarlehrer, noch ein Gymnasiallehrer solcherlei Concursgedanken gezeugt hat oder hegt, daß vielmehr jene ganze Nachricht eine Erfindung ist.

Pest, 20. Januar. Der Feld der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses war Mikletich. Gleich im Beginn interpellirte er wegen der Auflösung des kroatischen Landtages. Hieran entgegnete er mit genauer Noth einem Ordnungsrufe, weil er sagte, wenn seine Interpellation in der Konfession-Angelegenheit nicht bald beantwortet würde, so würde er glauben, daß jene, die damals Minister waren, an dieser schmutzigen Affaire betheiligte seien. Bald darauf gab ihm die Verhandlung seines Antrages für die noch nicht provincialisirten Grenzbezirke einen Landtag ad hoc zusammenzusetzen zu lassen, Gelegenheit zu einer einständigen Rede, welche von Anhängern und solchen Behauptungen flogte. Der Ministerpräsident erwiderte diese Rede anfangs ruhig, später in erregtem Tone, der die höchste Steigerung erfuhr, als Könyv mit den Worten schloß: „Das können Sie sich künftig merken, daß die Regierung alle Bestrebungen, welche sich gegen die Krone oder die Integrität des Stephansreiches richten, mit ihrer ganzen Macht und Gewalt bekämpfen wird.“ Von allen Zeiten des Hauses erscholl anhaltender Beifall.

Die äußerste Linke macht für die morgige Landeskongress der Acht- undvierziger-Partei große Vorbereitungen. Heute Abends werden die Kommenden feierlich empfangen. Das Achtziger-Comité des Deakthlubs berath heute, in welcher Art dem laur. nannischen Hülfspersonale, den Handlungscomité und Buchhaltern, d. h. Wahrschäft zugewendet werden könnte, um diese Bestimmungen in das neue Wahlgese einzufügen.

Pest, 20. Januar. Zu angelegenen commercialen Kreisen äußert man sich voll Anerkennung darüber, daß die Nationalbank bemüht ist, dem untrüglichen Propositor selbst im Wege einer moralischen PreSSION ein Ende zu machen. Wenn der Reichstag die Bankfrage nicht bald erledigt, wird aus den Reihen der Kaufmannschaft eine umfassende Agitation ins Werk gesetzt werden. Durch die heutige Interpretation Jofai's in Angelegenheit der Nationalbank geriet die Finanzminister in stichtische Verlegenheit; sein Ausspruch im Reichstage über das Nationalbankgesetz vertritt sich im Widerspruche mit dem Besichte ee. Nationalbank.

Dieser Bericht führt noch im Laufe der Session will jedoch nachdem bereits die Frage auf die Zeit in die Situation sprechen will Kallapoly Haus beschloß, den Tag und des Reichstages, 20. Januar, die Neuwahlen besser mit den Steuer-Sachen Agram, 20. Jofich wegen der Agram, 20. Jofich sagt: Schmeißung ihrer Adressen auf ohne Beispiel.

Wien, 20. Jofich Genanten des deutschen Kaiserthums abgeben. vom Bürgermeister Wien, 20. die Seite Andráffy Viktor, Albrecht Wien, 20. nation des katholischen gegen Italien vorzulegen anhaben, ohne nachricht der „Wifung eibeten hätte.

Zu der hiesigen verspricht der Handwalle und der Verz Nach einer in der Langrand Die „Orter woher und werden können.“ Sofrat Wien, 22. Alterschwäche gefesselt sah und mit letzten Tagen konnte Zeichenbegünstigung bereitungen getroffen

Kraus, 2. Kom, daß die Unvermeidung Einföhrung in Kitzbuzen, Pabell Antonelli dränge den der betreffenden Comerg, mokratenvorrein wofür den 1849 bis Refus an das M

Berlin, 4. sich heute an die Capitel des Schwaben Loth aus: Wir begehren preussischen Gesichts gefordert; vor einem und freien Siedenden proklamirt. pflichtigen sprechen den erhabenen Dank im Beisein unserer gemeinschaftlichen Deutschen

Der kaiserliche Namen des Reiches das Wohl Berlin, nichts soll innerba puelle Stellung Berlin, 2. Besorgnisse eines zu verfallen: Die Zuführen können, rung in einer Weigekommene Wfabri werde, selbst einschlägt, eines Bon einer Verstim

Der Kreuzer nichters noch einige höchsten Staatsinricht, v. Räbler der Rheinproving Berlin, Die Nachricht von der Rheinproving jenen Organen protestantischer Bis Bis mark mit dem gend wünscht.

Paris, 6. schuld unterhandelt monopol auf drei schuld an Pre werden solle.

Paris, 6. beantragt, die Gewichte im Budget 15 Mitgliedern Steuerdebatte die Thiers die habe, zu beendigen der künftigen A Frasay beanrevoriren, bis ein Commission die Gleichgewicht im Nachdem sich nichtbestowen

Her mannstadt, 24. Januar.

Der Juttenball, welcher am 22. d. M. im Saale des Hotels zum römischen Kaiser stattgefunden hat, ist glänzend ausgefallen. Es sind einige Jahre, daß kein Juttenball stattgefunden hat. Zwar haben regelmäßig jedes Jahr im Juttenball Generalversammlungen der Herren der Rechte zu dem Zwecke stattgefunden, um einen Juttenball zu Stande zu bringen. Den Stimmführern schienen aber ihre Sondermeinungen mehr am Herzen gelegen zu sein, als der Ball. Neuer kam es anders. Der Zweck, dem Zwecke der Unterhaltung hübschbedürftiger Herren der Rechte mittelst eines Balles eine Unternehmung zuzuwenden, wirkte mehr einigend. Der Ball kam zu Stande und löste ein Eruuto-Verträgniß von ungefähr siebenhundert Gulden geliefert haben. Das Ballocomité hat allen Grund, mit diesem Ergebnisse und mit dem arrangirten Balle zufrieden zu sein. Was an Rang, Stand, Ansehen und vor Allem an Schönem zählt, war auf dem Balle vertreten. In der Damenflora fiel vor Allem der herrliche Frühling der Tangenden in das Auge: eine Welt schönere und frischerer Blumen, von denen Kücken's Spruch gilt: "Wenn die Rose selbst sich schmückt, schmückt sie auch den Garten." Neben ihnen volleren ehrenvolle Erwähnung die Prästantinnen des Sommers: prächtige junge Frauen aus dem Mittelalter, welche den Ball durch ihre Gegenwart auszeichneten bis zu den Gardes des dames hinauf. Die musikalische, manchmal bis zu den Tagessunden zunehmende Ruhe mehrerer Gardes des dames erinnerte an den Zustand der Reife, wie sie dem Hebelte eigen ist. Winter hat es auf dem Juttenball keinen gegeben. Die Musik der Militärkapelle des k. l. 31. Linien-Infanterie-Regiments wirkte elektrisirend. Es wurde getanzt bis der Morgen graue. Das war ein Leben und das Leben ein Tanz! Neben dem Cardas beauftragte auch die Romana ihr Recht. Der Saal war mit Emblemen der Rechtswissenschaft geschmückt decorirt.

(Büchsbühle.) Wir veröffentlichten gegen Ende des vorigen Sommers über die Heiligkeit der Büchsbühle eine Notiz; dieselbe hatte zur Folge, daß aus Deutschland, den österreichischen Provinzen, Ungarn u. s. w. sehr viele Augenblicke an den hier demicillirten Oberalten Komitarsphyllus Dr. Basilius Szabo, welcher bekanntlich in einer eigenen volkswirtschaftlichen Abhandlung die Dringlichkeit einer Augen- Leibesheilanstalt bei der Büchsbühle nachgewiesen und die Verantwortung dieser Anstalt durch den Detailarbeiten Komitarsausführer angeregt hatte, die briefliche Anfrage richteten, ob sie sofort die Reise zur genannten Höhle antreten können? Selbstverständlich mußte im Hinblick darauf, daß derzeit dort gar kein Bedarf für Hülfbedürftige vorhanden ist, von der beabsichtigten Reise der Auftragsgeber abgerathen werden.

Nunmehr sind dem Ministerium des Inneren sowohl die noch der Aufnahme der betreffenden k. l. Mappirungs-Abtheilung angefertigte Situationspläne des Büchsbirges, auf welchen die von Lazarfalva, Matorja, Hühfad, dann vom Sankt-Anne-See hinfließenden Fahrwege, Karrenwege und Fußwege u. s. w. ersichtlich gemacht sind, wie die vom Kronstädter k. u. Oberingieur G. Hartner angefertigten Baupläne der zur Unterbringung der Augenkranken notwendigen Gebäude ebenso als die Katasterpläne für arme Kranke bereits vorgelegt; es ist somit Hoffnung vorhanden, daß die Errichtung dieser im Interesse der leidenden Menschheit ebenso wünschenswerthen als dringlichen Landesanstalt in nahe Aussicht gerückt ist.

Zur Vollständigkeit des Ganzen ist aber noch die Einrichtung der Zufahrt zum Büchsbirge unerlässlich. Ob vorläufig braucht man einen vollen langen Sommer, um von Kézi-Báshely über Agostonfalva, wo auch eine Eisenbahnstation sein wird, dahin zu gelangen. Wird aber die vor zwei Jahren projectirte Straße von Kézi-Báshely über Altorja, Büchsbirge, Hühfad, Bagocz, Baroch nach Agostonfalva gebaut, so kann derselbe Weg in einigen Stunden zurückgelegt werden. Nicht man dabei noch in wohlverdienter Ermüdung, daß hierdurch auch die materielle Wohlfahrt der ständigen und streibenden Sektorenbevölkerung der ganzen Umgebung gehoben und gefördert wird, so kann und darf der erforderliche verhältnismäßig sehr geringe Kostenaufwand von wenigen tausend Gulden nicht als Hinderniß geltend gemacht werden.

Der Marosvárschler wohlthätige Frauenverein veranstaltete unlängst eine musikalische Abendunterhaltung, welche ein Reinerträgniß von 416 fl. 43 kr. abwarf.

Geschäfts-Bericht.

Her mannstadt, 23. Januar.

Legterer Zeit war die Zufahrt mit Cerealien zum Plage zwar immer nur mittelmäßig, aber für den Localbedarf doch hinreichend, allgemainer Verlehrs und Abwags in jeder Richtung fortwährend reger und belebt, nur Weizenverlehrs ist ohne und ohne Hader behaupten noch immer festen Stand ohne erheblichen Rückgang, kein und besonders Kulturtag dagegen werden in Folge der starken Zufuhr aus Rumänien verletzter immer mehr herabgedrückt, dennoch bei normalen Preisen hinlänglich am Marke, sonstige Lebensmittel noch immer unverändert theuer, besonders Milch und Eier, die Waag Milch kostet bis 32 kr., Eier stark gelocht, 6 7 bis 8 kr. das Stück, Rindfleisch 14 bis 18 kr., Schweinefleisch 15 bis 21 kr., Kalbfleisch noch nie dagewesen, ganz junges bis 45 kr. das Pfund, Gschlagel, 1 Paar Hühner 60 bis 70, 80 bis 1 fl., Wildpret wenig am Marke und im Ganzen schwach, 1 Hase kostet 1 fl. 50 kr. — Witterung, heute wieder harter Frost.

Städtische Anstaltkapelle. — Kapellmeister J. Haag.



verbunden mit einer Damenmaskewahl, wobei die 6 schönsten Masken je einen Preis erhalten.

Anfang 8 Uhr Abends.

Fremdenliste.

Angelommen am 23. Januar: Römischer Kaiser. Georg Jellmayr, Müllermeister, aus Broos; G. Goldkamp, Kaufmann, aus Klauenburg; Heinrich Kohn, Agent, aus Pest; David Ghita, Kaufmann, aus Bistritz; August Böhm, Ingenieur, aus Medlitz. Medicinischer Hof. Stefan Czerejts, Grundbesitzer, aus Mischelsdorf. Neumüller. Thomas Stefanus, Kaufmann, aus Rimnit; Johann Mobsan, Stuhlbesitzer, aus Bogaratz; J. Brecher, Richter, aus Agnetzen.

Telegr. Wiener Cours vom 23. Januar 1872.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes entries like '5% Metalliques', '5% mit Staats-Anleihen', '1860er Staats-Anleihen', 'Renten', 'Sachen', 'Kreditan', 'Renten', 'Kreditan', 'Renten'.

mit 377 gegen 329 Stimmen und nimmt denselben Johann mit 377 gegen 307 Stimmen an. Die Abstimmung ruft große Sensation hervor. Paris, 19. Januar. Gerüchweise verlautet, daß Thiers geneigt sei, sich zurückzuziehen.

Am Abend fand eine außerordentliche Sitzung des Minister-rathes statt. Vorkleberrente 56.40, neues Anlehen 91.32, matt.

Paris, 20. Januar. Die sämtlichen Morgenblätter aller Parteien spenden dem gestrigen Beschlusse der National-Versammlung lebhaften Beifall. — Der Seine-Vizepräsident hat seine Demission zurückgezogen.

Paris, 20. Januar, 5 Uhr Nachmittag. Die einflussreichsten Mitglieder der National-Versammlung machen seit Mitternacht die größten Anstrengungen, um Thiers von seiner Absicht, sich zurückzuziehen, durch ein Vertrauensvotum zurückzubringen.

Paris, 20. Januar. Der Minister-rath trat heute um 10 Uhr Vormittags zu einer Sitzung zusammen. Man vertritt, Präsident Thiers werde heute eine Botschaft an die Nationalversammlung senden, in welcher er seine Demission gibt. Es herrscht große Aufregung.

Paris, 19. Januar. Heute wird in parlamentarischen Kreisen ein Vergleich in der Steuerfrage als sehr wahrscheinlich betrachtet. Die National-Versammlung würde die Bestimmung der Hoffnungen im Principe votiren und eine Special-Commission zur Prüfung der Tarife ernennen. Unterdeß würde die National-Versammlung die anderen Steuern, über welche ein Einvernehmen leicht zu erzielen ist, beschließen, und wenn die Gesamtsumme dieser Steuern nicht genügende Einnahmestellen bietet, so soll die Steuer auf Hoffnungen für das noch fehlende vorsehen.

Die Gerüchte über Verhandlungen mit französischen und ausländischen Bankiers behufs Vorauszahlung der Kriegsgeldschuld von 3 Milliarden entbehren der Begründung.

Paris, 20. Januar. Der Minister-rath hat sich gestern Abends versammelt und dem Präsidenten der Republik seine Demission gegeben. Legterer beharrt gleichfalls auf seinem Rücktritte. Alle parlamentarischen Clubs entsendeten gestern Deputirte zu Thiers, um ihn zu bewegen, seine Absicht aufzugeben. Die Deputirten des rechten Centrums machten dabei geltend, daß es sich in dem vorliegenden Falle keineswegs um eine Meinungsverschiedenheit politischer, sondern bloß ökonomisch-finanzieller Natur handle. Man hoffe, daß diese Schritte zum Ziele führen werden.

Halb 11 Uhr Vormittags. Gestern Abends war in der Club-versammlung der Rue des Rôlerois und im rechten Centrum die Ansicht vorherrschend, daß, nachdem die schwerende Differenz kein wirtschaftlicher Natur ist und in keiner Hinsicht die Politik verfehlt, die Nationalversammlung die Demission Thiers' nicht annehmen sollte. Man meint, daß eine in diesem Sinne abgefaßte Tagesordnung in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung eingebracht und mit großer Mehrheit angenommen werden wird. Die Präsidenten und Sekretäre der verschiedenen parlamentarischen Vereine sind im Augenblicke versammelt, um die Mittel zur Herbeiführung einer Verständigung zu prüfen.

4 Uhr 10 Minuten Nachmittag. (Sitzung der Nationalversammlung.) Es wird eine Botschaft Thiers' verlesen, in welcher er seine Demission als Präsident der Republik, sowie die Demission der Minister anzeigt. Was die jetzt namens der Rechten und des rechten Centrums ausspricht, daß das gestrige Votum kein Misstrauensvotum gewesen; er verlangt den Zusammentritt der Assemblée-Bureau behufs der Ernennung einer Kommission, welche eine Verhöhnung zu verurtheilen und Thiers von seiner Demission abzubringen hätte. Für den Fall des Mißlingens dieser Aufgabe hätte die Kommission zu untersuchen, welche Maßnahmen alsdann zu ergreifen wären.

In der Versammlung gibt sich eine lebhaftere Aufregung kund. Die Linken und das linke Centrum scheinen zu wünschen, daß ein Beschluß hierüber in öffentlicher Sitzung gefaßt werde.

Paris, 20. Januar, Abends. Die National-Versammlung genehmigt mit allen gegen 6 Stimmen (von der Rechten) eine neue von Watbier beantragte Tagesordnung, welche erklärt: "Nachdem das gestrige Votum in keiner Weise ein Misstrauen gegen den Präsidenten der Republik impliziert, so appellirt die Nationalversammlung an die Vaterlandsliebe des Herrn Thiers und lehnt es ab, seine Demission anzunehmen." Eine Deputation begibt sich zu Herrn Thiers, um ihm die Abstimmung der Nationalversammlung zu übermitteln.

Die Sitzung wird einhellig unterbrochen. Nach. Nach Wiederannahme der Sitzung kündigt Benoist d'Appan, daß Thiers der Deputation geantwortet habe, er wolle ein, im Amte zu verbleiben, und werde seine Dienste auch fernhin der Kammer und dem Lande widmen. Ueber die Demission der Minister habe sich Thiers nicht geäußert.

Bern, 19. Januar. Der Ständerath hat in Fortsetzung der Verhandlung über die Bundesrevision den Nationalratsbeschlusse, den Primar-Unterricht unter die Oberleitung des Bundes zu stellen, verworfen.

Bern, 20. Januar. Der Nationalrath hat die von dem G. nter Cantonalrathe beantragte direkte Bundeswahl durch das Volk mit großer Mehrheit verworfen.

Brüssel, 20. Januar. Die Independance belge meldet in einem Privat-Telegramme aus Versailles von Gestern: Thiers hat in Folge der Annahme des Amendements Ferry die Sitzung der Nationalversammlung verlassen und die Ansicht kundgegeben, sich zurückzuziehen. Man glaubt aber, daß er nach reiflicher Ueberlegung von seinem Vorsatze absehen und die Präsidentenschaft beibehalten werde.

Rom, 16. Januar. In der Kammer wurde die Beratung des Einnahmehudgets fortgesetzt. Der König empfing heute den bisherigen österreichischen Gesandten Baron Kübeck, welcher sein Abberufungsschreiben überreichte, und richtete an denselben sehr herzliche Abschiedsworte.

Die Liberalen versichern, Sellia werde nicht auf der Weberhoffener bestehen, vorausgesetzt, daß man eine gleichwerthige andere Steuer ausfindig mache.

Die Regierung hat einen höheren Beamten des Finanzministeriums nach Versailles gesendet, um wegen der Steuer zu unterhandeln, die Frankreich auf die italienische Rente legen will.

Rom, 19. Januar. Graf Wimpffen ist hier angekommen. Die Kammer-Comités haben die Votirungen wegen Durchsetzung des Golbi-Tenda und Aufhebung des theologischen Unterrichtes an den Universitäten angenommen.

London, 18. Januar. Der Times wird aus Paris gemeldet, daß Thiers mit Rothschild in Paris, Thomas Gibbs und Comp. in London, Baron Sina in Wien und einem Petersburger Bankhause, von welchen jedes einzelne Haus eine Anzahl von Kapitalisten repräsentirte, in Unterredung steht, um 5prozentige Rententitel, im Gesamtbetrage von drei Millionen nebst Kosten, zum Course von 87 1/2 Francs zu emittiren. Man erwartet, daß diese Operation mit 1. Mai 1873 durchgeführt werden wird.

Die Times bemerkt, daß diese Nachricht noch der Bestätigung bedürfe. Der Minister-rath wird in seiner morgigen Sitzung über eine bedeutende Herabsetzung des Armeebudgets beraten.

Konstantinopel, 19. Januar. Gelegentlich des gestrigen Dreikönigstages haben die Bulgaren ihre Unabhängigkeit vom ökonomischen Vorkommen bezeugt.

Drei bulgarische Bischöfe celebrirten nämlich in einer der bulgarischen Gemeinde gehörigen Kirche die Messe, 5000 bis 6000 Personen füllten die Kirche und die anliegenden Gassen.

Dieser Bericht führt an, Rekapoli habe sich verpflichtet, die Sanftmuth noch im Laufe der letzten Winterreise zur Geltung zu bringen. Rekapoli will jedoch bloß zugeigt haben, den Reichstag zu bitten, er möge, nachdem bereits der Bericht der ausgehenden Bank-Comité vorliegt, diese Frage auf die Tagesordnung setzen und bei dieser Gelegenheit Klarheit in die Situation betreffs der Nationalbank bringen. Dieses Verprechen will Rekapoli seiner Rede nach bereits erfüllt haben. Das Haus beschloß, den Bericht der Bank-Comité nach Geltung des Budgets und des Recrutirungs-Gesetzes auf die Tagesordnung zu bringen.

Paris, 20. Januar. Sämmtliche Blätter, einschließlich der oppositionellen, billigen das Vorgehen der Regierung in Croatien und sehen auf die Neuwahlen bessere Hoffnungen. Der Salzburger Bischof Vito wurde mit den Sterbes-Sacramenten versehen. Die Ärzte haben ihn aufgegeben.

Agram, 20. Januar. Alle Obergepänne werden hier mit Bedeutsamkeit wegen der Parteibildung und der Neuwahl conferirt.

Agram, 20. Januar. Der Džbor, das Organ der Nationalpartei sagt: Schwermel und Belcredi haben die Landtage erst nach Anhörung ihrer Kreisseitern aufgelöst. Die gestern erfolgte Auflösung des Landtages ist ohne Beispiel.

Wien, 20. Jänner. Das „Lagesblatt“ meldet: Bei dem preussischen Gesandten wurden am 18. d. M., dem Jahrestage der Gründung, des deutschen Kaiserthums, Hunderte von Karten aus Wien und den Provinzen abgegeben. — Der Kaiser besuchte heute den Bürgerball und wird vom Bürgerweiser und dem gemauerten Gemeinderathe empfangen.

Wien, 20. Jänner. Sr. Majestät, vom Bürgerball kommend, beehrte die Soiree Andrajs' mit seinem Besuche, desgleichen die Erzherzoge Ludwig Viktor, Albrecht und Kaiser, sowie der Herzog Sigismund von Modena.

Wien, 20. Jänner. Im Besuche des Gesandten mit der Deputation des katholischen Ruffens fragte Andrajs: „Wollen Sie, daß wir gegen Italien marschiren lassen?“ Worauf die Abgeordneten einander versetzen anahen, ohne eine Antwort zu finden. — Die Florentiner Drahtnachricht der „Press“, wonach der hiesige Gesandte Italiens seine Absentierung erbeten hätte, ist ganz unbegründet.

In der gestrigen Verhandlung über die Wiener Approvisionierungsfrage vertrat der Handelsminister den Gemeinderäthen die Aufhebung der Linienswalle und der Verzehrsteuer.

Nach einer Mitteilung der „N. fr. Pr.“ werden heute die Verträge in der Rangrand-Affaire unterzeichnet.

Die „Österreichische Correspondenz“ meldet, die Kaiserin befinde sich wohlher und werde wahrscheinlich nächste Woche nach Meran abreisen können. — Hofrath Dr. Kellensky ist nicht unbedingt erkrankt.

Wien, 22. Januar. Gullparger ist gestern Nachmittag 3 Uhr am Altersschwäche gestorben. Der Tod überfiel ihn, während er im Lesezimmer saß und mit seiner Umgebung plauderte. Die Schwäche hatte in den letzten Tagen konstant zugenommen. Für das am Dienstag stattfindende Leichenbegängniß werden seitens der Künstler und Vereine großartige Vorbereitungen getroffen.

Krakau, 20. Januar. Kraj berichtet in einer Correspondenz aus Rom, daß die Unterhandlungen zwischen der päpstlichen Curie und Rußland wegen Einführung der russischen Sprache in dem katholischen Gottesdienste in Litauen, Podolien und Volhynien dem Abschlusse nahe seien, Cardinal Antonelli bringe den Papst dazu. Der russische Diplomat Gjelgess sei mit der betreffenden Specialkommission in Rom betraut.

Leipzig, 18. Januar. Die Stadtatherei löste den Nationalabstimmungsverein wegen der Debatten über die Errichtung eines Monumentes für den 1849 hingerichteten Wickiewski auf. Der Ausschuss ergiff den Refus an das Ministerium.

Musland.

Berlin, 18. Januar. Bei Gelegenheit des Banketts, welches sich heute am 18. Januar facentmäßig stattfindende Sitzung des Capitels des Schwarzen Adler-Ordens angeschlossen, brachte der Kaiser nachstehenden Laß aus:

Wir begreifen heute eine doppelte Feier der wichtigsten Ereignisse der preussischen Geschichte. Vor 171 Jahren ward der erste König von Preußen gekrönt; vor einem Jahre wurde die Annahme der mir von allen Fürsten und freien Ständen Deutschlands einstimmig angetragenen deutschen Kaiserkrone proclamirt. Im Bewußtsein der hohen von mir übernommenen Verpflichtungen spreche ich an dem ersten Jahrestage dieses großen Ereignisses den erhabenen Darbringern meiner neuen Stellung meinen tief empfundenen Dank im Beisein der Vertreter derselben von neuem aus, hoffend, daß es unserer gemeinschaftlichen Bemühungen gelingen wird, die gerechten Hoffnungen Deutschlands zu erfüllen.

Der kaiserliche Gesandte, Freiherr v. Berglas, brachte darauf im Namen des Königs von Baiern und der erhabenen Bundesgenossen im Reich das Wohl des deutschen Kaisers Wilhelm des Siegreichen aus.

Berlin, 19. Januar. Der Ernennung des neuen Cultusministers soll innerhalb der Regierung eine Verständigung über die principielle Stellung des Staates zu der Kirche und Schule vorhergehen.

Berlin, 20. Januar. Die Nordd. Allg. Ztg. erklärt anlässlich der Besorgnisse eines brasilianischen Blattes über die Beziehungen Deutschlands zu Brasilien: Die Beziehungen beider Länder seien so freundschaftlich als je gewesen. Der Zwischenfall, welcher eine Lösung derselben hätte herbeiführen können, sei durch das Entgegenkommen der brasilianischen Regierung in einer Weise erledigt worden, welche nur die Erinnerung an das entgegenkommene Verhalten zurücklasse. Die in Aussicht stehende Uebungsfahrt werde, selbst wenn sie die Richtung nach den brasilianischen Gewässern einschlage, eines demonstrativen oder gar feindseligen Charakters entbehren. Von einer Versöhnung gegen Brasilien kann demnach keine Rede sein.

Der Kreuzzeitung zufolge dürfte sich die Ernennung des Cultusministers noch einige Tage verzögern, da es sich bei der Personenfrage um die höchsten Staatsinteressen handle. — Die Kreuzzeitung dementirt die Nachricht, v. Müllers solle eine andere Stelle, namentlich das Oberpräsidium der Rheinprovinz erhalten.

Berlin, 20. Januar. Müllers tritt in den bleibenden Ruhestand. Die Nachricht von seiner bevorstehenden Ernennung zum Ober-Präsidenten der Rheinprovinz ist unbegründet, abgesehen von den dagegen eingelaufenen Gegenverstellungen. Das Schulgesetz wird trotz der Agitationen protestantischer Kreise nach Ministerial-Beschluß nicht zurückgezogen, da Bismarck mit dem Saarministerium die Durchföhrung desselben dringend wünscht.

Paris, 19. Januar. Der Courrier de France meldet: Rothschild unterhandelt mit der Regierung, daß ihn und Consorten das Tabakmonopol auf dreißig Jahre überlassen werde, wogegen der Reichs-Schuld an Preußen seitens des Consortiums unmittelbar abgetragen werden soll.

Paris, 19. Januar. (Sitzung der National-Versammlung.) Barthe beantragt, die Steuer auf Rohmaterialien im Principe als eine das Gleichgewicht im Budget herstellende Ergänzung zu votiren, und solle eine aus 15 Mitgliedern bestehende Commission beauftragt werden, während der Steuerdebatte die Laxe zu prüfen.

Thiers drängt die Kammer, die Debatte, welche schon lange gedauert habe, zu beendigen und so durch das Votiren dieser Steuer im Principe die künftigen Agitation ein Ziel zu setzen.

Ferry beantragt, das Principe der Steuer auf Rohmaterialien zu reserviren, bis eine mit der Prüfung der beantragten Mittel beauftragte Commission die Unmöglichkeit erkannt habe, auf eine andere Weise das Gleichgewicht im Budget herzustellen.

Nachdem Thiers erklärt, den Antrag Barthe's anzunehmen, erst art sich nachdenkender die Kammer für die Priorität des Antrages Ferry's

Regierung untersehen.

daß alle Mitglieder der Opposition das Parlament gedrückt haben, deren Militärautoritäten der Wäzner Feld- in behaupten, daß mit die des Landes und auf wurde, der erzielte Gr- daß der gegenwärtige In einem Jahre wird auf 200.000 Mann aus erreicht haben, der und dazu — ich kann deutende Opfer bringen, welche das Land in dieser

Schlüßworten: Wenn ernde Konsequenzen ich en Viele im Lande auf nicht ausführen, was

m Anderen nicht noch, agen wieder und wieder Dem Lande thut die ungen und Experimenten Nationen rings um unser der Kampf, der um und ann, Millionen Krieger

gegenwärtigen Verhält- von der Rechten.) Wohl des äußeren und inneren ens aber dienen gerade mäßigung und neue An- und wenn wir die günstige gehen wir, daß er schon der Monarchie gesetzlich

gezeigt eingeführt wurde, die ein wohlgeübtes Geer ist, den äußeren Frieden thun wird. Die Nach- Bewußtsein erhebt, daß, erhebigung von Toren 00 und später 300.000 en werden. (Beifall von.

Wir schon davon sprechen, Friede besteht. Es wäre igem Gebiete begonnen rive, die Kräftigung des ter den möglich ruhigen

debt, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

deht, so ist dies gewiß, Raaderische Frage zu here Verhältnisse ger rdnet

